

## **Niederschrift**

über die 27. Sitzung (öffentlicher Teil)  
**des Ausschusses für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft**  
am Donnerstag, **15.11.2007**, 17:13 Uhr,  
Hauptausschusszimmer, Stadtweinhaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

Anwesend waren:

### **von der CDU-Fraktion**

Herr Frank Baumann, Herr Meik Bolte (als Vertreter für Frau Benning), Herr Heinz Georg Buddenbäumer, Herr Horst Kisnat, Herr Karl Kleine-Wilke (als Vertreter für Herrn Weber), Frau Marliese Kosmider, Herr Dieter Maager, Herr Josef Rickfelder, Frau Simone Wendland,

### **von der SPD-Fraktion**

Herr Wolfgang Heuer, Frau Verena Marzinkewitz, Herr Kurt Pölling, Herr Udo Reiter (als Vertreter für Herrn Fastermann), Herr Karl-Heinz Winter,

### **von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL**

Frau Helga Bennink, Herr Carsten Peters (als Vertreter für Herrn Möltgen), Frau Ilse Schleef, Herr Reinhard Scholz,

### **von der FDP-Fraktion**

Herr Jürgen Reuter,

### **von der Fraktion UWG-MS/ödp**

Herr Uwe Raffloer,

### **Sachkundige Einwohner/innen**

Herr Dr. Gerhard Bonn, Herr Achim Dejozé, Herr Gerhard G. Düntzer, Herr Otmar Knüvener, Herr Christoph Thiel, Herr Dr. Georgios Tsakalidis,

### **von der Verwaltung**

Herr Reinhard Adams, Herr Stephan Böhme, Herr Ralf Bragard, Herr Dieter Buth, Herr Jörg Krause, Herr Dr. Friedrich-Wilhelm Oellers, Herr Andreas Pott, Herr Hans Riemann, Herr Christian Schowe, Herr Hartwig Schultheiß, Herr Siegfried Thielen, Frau Marlies Voss-Schiffmann,

### **für die Schriftführung**

Frau Regina Dittmer,

**Es fehlten:**

Frau Sybille Benning, Herr Thomas Fastermann, Herr Jörn Möltgen, Herr Stefan Weber, Herr Patrik Werner,

**Gäste:**

Herr Daniel Knoche, Knoche Partner Architekten,  
Herr Arend Bewernitz, Referendar

**nichtöffentlicher Sitzungsteil**

siehe Niederschrift über die 27. Sitzung (nichtöffentlicher Teil) des Ausschusses für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft am 15.11.2007

**Tagesordnung:****Öffentliche Sitzung**

- 1. Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder**
- 2. Genehmigung der Tagesordnung**
- 3. Mitteilungen der Verwaltung**
- 4. Bekanntgabe von Eingaben und Anträgen**
- 5. Stadtentwicklung, Stadterneuerung, Wohnen**
  - 5.1. Grevener Straße 31/33, Vorstellung der gutachterlichen Untersuchung zum Gebäudestatus  
  
mündlicher Bericht durch den Gutachter
- 6. Stadtplanung**
  - 6.1. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL an den Rat A-R/0040/2007 "Bürgerbeteiligung sicherstellen - Bebauungsplanverfahren für den Bereich 'Schulstraße, Altumstraße, Uppenbergstraße und Grevener Straße' einleiten"
- 7. Verkehr**
  - 7.1. Unterstützung von Bürgerradwegen nach dem Programm "Innovativer Radwegebau NRW"

V/0718/2007  
III

|                           |           |                                                                                                                                                                |
|---------------------------|-----------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <u>V/0719/2007</u><br>III | 7.2.      | Hafenstraße - Verbesserung der Radverkehrssituation zwischen Ludgeriplatz und Von-Steuben-Straße/Friedt-Straße                                                 |
| <u>V/0659/2007</u><br>III | 7.3.      | Roxeler Straße - Ausbau zwischen Dorffeldstraße und Schelmenstiege<br>1. Zustimmung zur Planung<br>2. Offenlegungsbeschluss für die Bürgerbeteiligung nach KAG |
| <u>V/0715/2007</u><br>III | 7.4.      | Einrichtung einer zusätzlichen Bushaltestelle auf dem York-Ring                                                                                                |
|                           | 7.5.      | Signalbrücke Wilkinghege / Steinfurter Straße<br><br>mündlicher Bericht                                                                                        |
|                           | <b>8.</b> | <b>Sonstiges</b>                                                                                                                                               |
|                           | <b>9.</b> | <b>Verschiedenes</b>                                                                                                                                           |

Der Ausschussvorsitzende Herr Heuer stellte die ordnungsgemäße Einberufung und Beschlussfähigkeit des Gremiums fest, begrüßte die zahlreichen Gäste und eröffnete die Sitzung.

#### **Punkt 1 der Tagesordnung**

#### **Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder**

Herr Heuer begrüßte Herrn Ratsherr Bolte als neues stellvertretendes Mitglied im Ausschuss.

#### **Punkt 2 der Tagesordnung**

#### **Genehmigung der Tagesordnung**

Herr Heuer teilte mit, dass sich die Fraktionen darauf verständigt hatten, über den Ratsantrag der Bündnis 90/Die Grünen/GAL A-R/0040/2007, der an den Ausschuss verwiesen worden war, abzustimmen. Entsprechend wurde die Tagesordnung um einen neuen TOP 6.1 erweitert.

Herr Schultheiß bat, den TOP 7.5 abzusetzen, da der für die Berichterstattung vorgesehene Landesbetrieb Straßen.NRW die Teilnahme krankheitsbedingt absagen musste.

Herr Maager beantragte, auch die TOPe 7.2 und 7.3 abzusetzen.

Herr Heuer erinnerte in diesem Zusammenhang an frühere Vereinbarungen im Ausschuss, nach denen Vertagungswünsche aus den Fraktionen schon im Vorfeld kommuniziert worden waren.

Die so geänderte Tagesordnung wurde genehmigt.

**Punkt 3 der Tagesordnung****Mitteilungen der Verwaltung**

Neben den beiden verteilten schriftlichen Mitteilungen der Verwaltung informierte Herr Schowe zum Thema **Brückengestaltung Dortmund-Ems-Kanal**:

In der vergangenen Woche waren im Arbeitskreis Brückengestaltung je drei Entwürfe von drei Büros für die Brücke Prozessionsweg vorgestellt worden; in den AK eingebunden waren auch der Gestaltungsbeirat und die Kath. Kirchengemeinde St. Mauritius als Eigentümerin des Prozessionsweges.

In der nächsten Sitzung werden im Rahmen einer Berichtsvorlage alle Vorentwürfe sowie das Votum des AK Brückengestaltung vorgestellt.

**Punkt 4 der Tagesordnung****Bekanntgabe von Eingaben und Anträgen**

Herr Heuer verwies auf den zur Sitzung verteilten Ratsantrag A-R/0040/2007; Abstimmung unter TOP 6.1.

Herr Heuer informierte über ein Schreiben der Initiative Lebenswertes Kreuzviertel und verband dies mit der Bitte an die Verwaltung, Kontakt mit dem Sprecher Herrn Sundermann aufzunehmen.

Herr Schultheiß berichtete in diesem Zusammenhang, dass die Verwaltung die technische Umsetzung der Beschlussfassung zum Bauprojekt Schulstraße in der nächsten Sitzung vorstellen werde.

**Punkt 5 der Tagesordnung****Stadtentwicklung, Stadterneuerung, Wohnen****Punkt 5.1 der Tagesordnung****Greverer Straße 31/33, Vorstellung der gutachterlichen Untersuchung zum Gebäudestatus****mündlicher Bericht durch den Gutachter**

Herr Heuer leitete diesen TOP ein, indem er rückblickend skizzierte, dass der Ausschuss in seiner Sitzung vor einem Jahr am 07.12.2006 eine Grundsatzentscheidung zur Gebäudezeile an der Greverer Straße getroffen hatte. Dabei war das Gebäudeensemble Greverer Straße 31/33 mit einem Sonderstatus belegt worden: vor einem abschließendem Beschluss sollten Überprüfungen zum Gebäudestatus, der Möglichkeit eines wirtschaftlichen Betriebs nach Instandsetzung und in der Frage, ob diese Gebäude von städtebaulicher bzw. quartiersprägender Bedeutung seien, durchgeführt werden.

Die von der Stadt in Auftrag gegebene Untersuchung zum Gebäudestatus lag nun vor und wurde durch den Gutachter Herrn Knoche vorgestellt.

Hinsichtlich des Hauses Nr. 33 sprach sich dieser aufgrund der Faktoren Gebäudezustand, Unwirtschaftlichkeit der Sanierung und Abrissfähigkeit ohne Auswirkung auf das Nachbargebäude 31 eindeutig für den Abriss aus.

Zum Haus Nr. 31, dem Eckgebäude zur Steinfurter Straße, ist der Sanierungsaufwand auf Basis der Beschlusslage vom 07.12.2006 ermittelt worden. Zu den einzelnen Positionen Dach, Dämmung und Fassade, Grundrenovierung der Wohnung, Technik, Brandschutz, Sicherungsmaßnahmen und den daraus resultierenden Kosten machte Herr Knoche detaillierte Ausführungen. Im Ergebnis stellte er zwar die Sanierungsfähigkeit fest, bezifferte den Aufwand allerdings sehr hoch mit ca. 710.000 €; dabei wurden die Ansätze für Materialien und Qualitäten im Standard des sozialen Wohnungsbaus zu Grunde gelegt.

Von diesen Kosten könnten nur kleinere Teile von der Bewohnerschaft selbst geleistet werden, diese Einsparungen im Bereich der Gestaltungsarbeiten schätzte er auf ca. 60.000 €. Ausgehend von den Kostenansätzen und einer Wohnfläche von ca. 500 m<sup>2</sup> entsprächen die Sanierungskosten rund 1.400 € pro m<sup>2</sup>.

Herr Schultheiß ergänzte, dass diese Kosten auf eine Kostenmiete umgerechnet (Basis: 710.000 €) zu Mietpreisen von 8,80 €/m<sup>2</sup> führen würden.

Im Anschluss an seinen Vortrag beantwortete Herr Knoche die Fragen der Ausschussmitglieder.

In der Frage, welche Arbeiten unter Berücksichtigung des Bestandsschutzes aufschiebbar oder vermeidbar wären, gab es unterschiedliche Auffassungen. Sämtliche Alternativen führten allerdings nur zu der einen Feststellung, dass eine Sanierung im beschriebenen Umfang künftige Mieten zur Folge haben würden, die wesentlich über dem im Grundsatzbeschluss vorausgesetzten Mietzins für Wohnungen mit Sozialbindungen von 4,55 bzw. 4,85 €/m<sup>2</sup> liegen würden. Dieses wurde fraktionsübergreifend als wesentliches Prüfergebnis im Hinblick auf die künftige Entscheidung gewertet.

Herr Heuer führte die vielfältigen Wortmeldungen der Ausschussmitglieder zusammen, indem er konstatierte, dass ein abschließendes Votum in dieser Sitzung nicht vorgesehen sei. Zudem sei das Thema als TOP im nicht-öffentlichen Teil vorgesehen; soweit über Mieten, die Sanierung durch die Wohn + Stadtbau GmbH oder derzeit geltende Mietvertragsbedingungen zu beraten sei, seien dies sicherlich nicht-öffentliche Inhalte.

Er bat die Verwaltung um Informationen, ob das Gebäude eine quartiersprägende Bedeutung habe und welche Auswirkungen verkehrlicher Art der Erhalt bzw. der Abbruch hätten. Schließlich sei eine wichtige politische Frage gewesen, welchen Charakter ein solches Gebäude in der Selbstwahrnehmung der Stadt und für die Nachbarschaft habe. Seien im letzten Jahr die Rahmendaten festgelegt worden, würden heute die Erkenntnisse des Gutachtens zur Kenntnis genommen, die abschließende Entscheidung erfolge dann im Zusammenhang mit der von der Verwaltung angekündigten Vorlage, die auch die Aspekte stadtbildprägende Bedeutung und verkehrliche Auswirkungen enthalten werde.

Abschließend dankte Herr Heuer dem Gutachter für seinen Vortrag. Der Ausschuss nahm den Bericht zur Kenntnis. Der TOP wurde daraufhin geschlossen.

**Punkt 6.1 der Tagesordnung**

**Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL an den Rat A-R/0040/2007 "Bürgerbeteiligung sicherstellen - Bebauungsplanverfahren für den Bereich 'Schulstraße, Altumstraße, Uppenbergstraße und Grevener Straße' einleiten"**

Der folgende Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL war an den Ausschuss für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft verwiesen worden:

„Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL  
R/0040/2007  
im Rat der Stadt Münster

Antrag      Nr.      A-  
vom 16.10.2007

Antrag

**Bürgerbeteiligung sicherstellen – Bebauungsplanverfahren für den Bereich ‚Schulstraße, Altumstraße, Uppenbergstraße und Grevener Straße‘ einleiten!**

Der Rat möge beschließen:

1. Für den Bereich 'Schulstraße, Altumstraße, Uppenbergstraße und Grevener Straße' wird ein Bebauungsplanverfahren eingeleitet.
2. Von den Möglichkeiten des Baugesetzbuches, die Bürgerbeteiligung durch ein 'vereinfachtes Verfahren' (§ 13 BauGB) oder durch einen 'Bebauungsplan der Innenentwicklung' (§ 13a BauGB) zu verkürzen und abzuschwächen wird kein Gebrauch gemacht."

Nach kurzer Begründung durch Frau Bennink ließ Herr Heuer über diesen Antrag abstimmen.

**Abstimmungsergebnis:**

Der Ausschuss **lehnte** diesen Antrag bei Für-Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/GAL und Gegenstimmen von CDU, SPD und FDP **mehrheitlich ab**.

**Punkt 7 der Tagesordnung****Verkehr**

**Punkt 7.1 der Tagesordnung  
V/0718/2007**

**Unterstützung von Bürgerradwegen nach dem  
Programm "Innovativer Radwegebau NRW"**

Herr Reuter bat um Erläuterung der vertraglichen und finanziellen Modalitäten und fragte, in welcher Verantwortung die spätere Verkehrssicherungspflicht liegen werde.

Herr Böhme antwortete, dass es sich um ein sehr innovatives Verfahren handele, das nur gelingen könne, wenn Verein, Stadt und Landesbetrieb Straßen.NRW engagiert und pragmatisch zusammenarbeiten und Abstriche gegenüber einer konventionellen Realisierung einkalkuliert werden; gleichwohl erscheine dieser Weg gerechtfertigt im Interesse der Verkehrssicherheit.

Zu den vertraglichen Regelungen erläuterte Herr Böhme, dass zunächst das generelle Einverständnis der Eigentümer notwendig sei. Zwischen Stadt und Landesbetrieb werde eine Vereinbarung geschlossen, in deren Folge die Stadt die Funktion des Veranlassers übernimmt.

Die Stadt schlieÙe dann die Pachtverträge mit den Eigentümern, die im Regelfall auf Übernahme der Pacht durch die Stadt, in wenigen Fällen auf Überlassung von Ersatzgrundstücken basieren werden; nur in seltensten Fällen sei ein Ankauf der Grundstücksflächen vorgesehen. Verkehrssicherung und Unterhaltung werde der Landesbetrieb übernehmen.

Herr Buth ergänzte, dass zur Sicherung der langfristigen Nutzung als Radweg und damit der Investitionen beschränkt persönliche Dienstbarkeiten eingetragen werden sollen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Der Ausschuss beschloss einstimmig, dem Hauptausschuss den Beschlussvorschlag der Vorlage zu empfehlen.

### **Beschlussvorschlag:**

I. Sachentscheidung:

1. Der Hauptausschuss stimmt dem Verfahrensvorschlag zur organisatorischen und finanziellen Unterstützung von Bürgerradwegen nach dem Programm „Innovativer Radwegebau NRW“ zu.
2. Die Anregung 64/2007 der Bürgerinitiative „Radweg Hohenholter Straße“ an den Rat ist damit erledigt.

II. Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass projektbezogen Kosten entstehen, die derzeit noch nicht kalkuliert werden können. Die Entscheidung erfolgt im Rahmen der zu gegebener Zeit vorzulegenden Projektbeschlüsse. Folgekosten entstehen nicht, weil die Unterhaltung beim Landesbetrieb Straßen NRW verbleiben soll.

#### **Punkt 7.2 der Tagesordnung V/0719/2007**

**Hafenstraße - Verbesserung der Radverkehrssituation zwischen Ludgeriplatz und Von-Steuben-StraÙe/Frie-Vendt-StraÙe**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

#### **Punkt 7.3 der Tagesordnung V/0659/2007**

**Roxeler Straße - Ausbau zwischen Dorffeldstraße und Schelmenstiege**

1. Zustimmung zur Planung
2. Offenlegungsbeschluss für die Bürgerbeteiligung nach KAG

Dieser Tagesordnungspunkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

#### **Punkt 7.4 der Tagesordnung V/0715/2007**

**Einrichtung einer zusätzlichen Bushaltestelle auf dem York-Ring**

Herr Maager stellte für seine Fraktion einen Änderungsantrag zum Beschlussvorschlag der Vorlage:

„Beschlusspunkt 1. erhält folgende Ergänzung:

Die zusätzliche Bushaltestelle Yorkring wird zunächst nur für 6 Monate eingerichtet. Nach diesem Probetrieb wird die Verwaltung einen Erfahrungsbericht vorlegen. Auf dieser

Basis wird dann über die Einrichtung auf Dauer entschieden.“

Diese Ergänzung wurde allgemein zustimmend aufgenommen. Herr Böhme ergänzte in diesem Zusammenhang, dass die Haltestelle dann nach positiver Erkenntnis in der Testphase in den Fahrplan aufgenommen werde.

### **Abstimmungsergebnis:**

Der Ausschuss beschloss die Vorlage einstimmig in der **geänderten**/ergänzten Fassung.

### **Beschluss:**

I. Sachentscheidung:

1. Der Ausschuss für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft beschließt die Einrichtung einer zusätzlichen Bushaltestelle auf dem York-Ring. **Diese zusätzliche Bushaltestelle wird zunächst nur für 6 Monate eingerichtet. Nach diesem Probebetrieb wird die Verwaltung einen Erfahrungsbericht vorlegen. Auf dieser Basis wird dann über die Einrichtung auf Dauer entschieden.**
2. Die Bürgeranregung nach § 24 GO NW Nr. 39/2007 der Bürgerinitiative Kapuzinerstraße/Orléans-Ring (Anlage 2) ist damit erledigt. Die Eingaber erhalten gesondert Antwort.

II. Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Kosten und Folgekosten entstehen.

|                                   |                                                      |
|-----------------------------------|------------------------------------------------------|
| <b>Punkt 7.5 der Tagesordnung</b> | <b>Signalbrücke Wilkinghege / Steinfurter Straße</b> |
|                                   | <b>mündlicher Bericht</b>                            |

Dieser Tagesordnungspunkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

|                                 |                  |
|---------------------------------|------------------|
| <b>Punkt 8 der Tagesordnung</b> | <b>Sonstiges</b> |
|---------------------------------|------------------|

Zu diesem TOP gab es keine Beratungspunkte.

|                                 |                      |
|---------------------------------|----------------------|
| <b>Punkt 9 der Tagesordnung</b> | <b>Verschiedenes</b> |
|---------------------------------|----------------------|

Zu diesem TOP gab es keine Wortmeldungen.

Ende des öffentlichen Sitzungsteils: 18.16 Uhr

gez.

Wolfgang Heuer  
Vorsitz

gez.

Regina Dittmer  
Schriftführung